

Rede

Guido Zöllick

Präsident DEHOGA Bundesverband

DEHOGA BRANCHENTAG 2022

BOLLE Festsäle Berlin, 8. November 2022

(ES GILT DAS GESPROCHENE WORT)

Deutscher Hotel- und Gaststättenverband
(DEHOGA Bundesverband)
Am Weidendamm 1A, 10117 Berlin
Fon 030/72 62 52-0, Fax 030/72 62 52-42
info@dehoga.de, www.dehoga.de

Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bin dankbar und sehr froh darüber, dass Sie heute alle hier sind!

In krisengeschüttelter Zeit zeigen wir in der Hauptstadt gemeinsam Flagge und adressieren unsere Erwartungen und Lösungsvorschläge an die Politik.

Die Welt ist im Umbruch.

Mehr denn je kommt es darauf an, die Kräfte zu bündeln, solidarisch zu sein und zusammenzustehen. Nie war eine starke und gut vernetzte Interessenvertretung so wichtig wie in diesen Zeiten.

Stärker denn je sind wir als DEHOGA gefordert, wenn es darum geht, eine erfolgreiche Zukunft der Gastgeber in Deutschland zu sichern!

Bedeutung der Branche

Meine Damen und Herren,

unsere schöne und lebenswichtige Branche hat es verdient, dass wir für sie kämpfen!

In der Corona-Krise wurde deutlich, was wichtig ist, was zählt. Vielen wurde erst in diesen Krisenjahren die große gesellschaftliche Relevanz unserer Betriebe bewusst. Wir wurden vermisst.

Die Menschen brauchen unsere Betriebe für ihr Wohlbefinden. Wir stehen für Lebensfreude und Lebensqualität. Wir machen Orte lebens- und liebenswert – in der Stadt wie auf dem Land.

Für die Attraktivität der Innenstädte sind unsere Betriebe unverzichtbar – als Frequenzbringer, Impulsgeber und Nahversorger.

Die positiven Impulse des Gastgewerbes strahlen auch in andere Branchen wie Handel, Handwerk und Landwirtschaft aus.

Meine Damen und Herren,

an uns hängt immens viel!

Das Gastgewerbe ist ein wichtiger Absatzmarkt.

Jeder Euro direkte Wertschöpfung, der von uns erwirtschaftet wird, stößt über Multiplikatoreffekte 0,89 Euro zusätzliche Wertschöpfung in der deutschen Wirtschaft an (Quelle: IW-Studie 2017).

In der Corona-Krise wurde noch einmal deutlicher, für welche hohe Wertschöpfung das Gastgewerbe steht.

So erlitten in den Pandemie Jahren 2020 und 2021 nicht nur Hotellerie und Gastronomie erhebliche Umsatzeinbußen von jeweils 40 Prozent.

Es traf unsere Lieferanten, Produzenten und Dienstleister ebenso hart.

Von März bis Dezember 2020 meldeten unsere Partner in einer DEHOGA-Umfrage Umsatzverluste in Höhe von durchschnittlich 37 Prozent.

In den Lockdown-Monaten Januar und Februar 2021 gingen die Umsätze bei unseren Partnern um die Hälfte zurück.

Wirtschaftliche Entwicklung

Meine Damen und Herren,

wo stehen wir heute?

Definitiv besser als im ersten Quartal vermutet.

Nach dem Wegfall der Corona-Auflagen im Mai dieses Jahres hat sich die Nachfrage in den meisten unserer Betriebe gut entwickelt.

Viele unserer Restaurants und Hotels sind mit dem Verlauf der Sommersaison sehr zufrieden.

Nach den vielen Monaten des Verzichts standen Reisen, Ausflüge und Restaurantbesuche hoch im Kurs.

Und auch das im wahrsten Sinne Goldene-Oktober-Wetter machte Lust auf Kurztrips im eigenen Land.

Bei 20 Grad und Sonnenschein war zudem das Bedürfnis nach Ausgehen und Genießen groß.

Besonders freut uns, dass auch Geschäftsreisen, Firmenveranstaltungen, Events, Konzerte und Messen wieder stattfinden.

Und dennoch sind wir vom Vorkrisenniveau noch weit entfernt.

Von Januar bis August 2022 lagen die Umsätze nach Angaben des Statistischen Bundesamtes real knapp elf Prozent unter den Werten von 2019.

Das laufende Jahr wird für unsere Branche das dritte Verlustjahr in Folge.

Unsere Branche hat von März 2020 bis August 2022 nominal fast 70 Milliarden Euro verloren.

Die Konten unserer Unternehmer sind leer, die Rücklagen aufgebraucht.

Die Pandemie mit neun Monaten Lockdown haben die meisten Betriebe insbesondere Dank der Corona-Hilfen und verbesserten Kurzarbeiterregelungen überlebt.

Aktuelle Herausforderungen

Der furchtbare Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat indes vieles in Frage gestellt und ist nunmehr für einen nie dagewesenen Krisen-Cocktail verantwortlich:

Unterbrochene Lieferketten, Materialengpässe, Arbeitskräftemangel, historische Teuerungsraten für Verbraucher und Unternehmen, zunehmende wirtschaftliche Unsicherheiten und Rezessionssorgen.

Die Sorgen wachsen.

Noch keine Erholung von den pandemiebedingten Verlusten bei gleichzeitig explodierenden Kosten bei Lebensmitteln, Personal und insbesondere Energie bringen immer mehr Betriebe in große Not.

In unserer aktuellen Oktober-Umfrage befürchtet fast die Hälfte der Betriebe (47,2%), 2023 in die Verlustzone zu rutschen.

Mehr als jeder zweite Unternehmer (56,9%) bangt aufgrund der hohen Energiekosten um die Existenz seines Betriebes.

Auch auf das für unsere Branche so wichtige Weihnachtsgeschäft schaut die Branche mit gemischten Gefühlen: 55 Prozent berichten von einer befriedigenden bis guten Buchungslage. 70 Prozent sagen aber auch, dass das Weihnachtsgeschäft schlechter als in 2019 angelaufen ist.

Wir setzen jetzt auf kurzfristige Buchungen.

Ein Trend, der sich in letzter Zeit weiter verstärkt hat. Viele haben abgewartet.

Zugleich wissen wir aber auch: Nach der erzwungenen Corona-Auszeit ist der Wunsch nach klassischen Weihnachtsfeiern bei Firmen wie Familien und Freunden groß.

Erwartungen an die Politik

Meine Damen und Herren,

in dieser Ausnahmesituation erwarten wir krisenadäquates Handeln!

**Gefordert ist entschlossene und ideologiefreie Politik.
Sie muss verlässlich sein und Orientierung geben.**

**Wir Gastgeber brauchen Planungssicherheit und klare
Perspektiven!**

Energieversorgung

An erster Stelle steht die Energieversorgung. Ohne Energie geht nichts!

Keine Frage, Energieeinsparungen sind wichtiger denn je.

Dabei ist sich gerade das Gastgewerbe seiner besonderen Verantwortung für eine intakte Umwelt bewusst.

Bereits frühzeitig hat der DEHOGA seine Mitglieder beim Thema Energiesparen und Umweltschutz unterstützt.

Unsere Betriebe haben ihre Spielräume zur Schonung der Ressourcen und zum nachhaltigen Wirtschaften genutzt – auch dank der vielfältigen Angebote der DEHOGA Energiekampagne.

Aber aktuell kommen wir mit Einsparungen allein nicht weiter.

Wir erwarten, dass die Bundesregierung alles unternimmt, um die Sicherheit der Energieversorgung zu gewährleisten. Für die Bürger und die Wirtschaft.

Gasmangellagen und Blackouts würden schwere Schäden für die Wirtschaft, aber auch für die Gesellschaft, mit sich bringen.

Es muss das gesamte Potenzial zur Energieerzeugung ausgeschöpft werden – von Kohle über Kernenergie bis hin zum beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien.

Und: Fristen setzt man nur dann, wenn die Verfügbarkeit alternativer Energiequellen gegeben ist.

Spätestens im Januar wird über Laufzeitverlängerung der drei Meiler wieder zu entscheiden sein.

Meine Damen und Herren,

am 29. September wurde uns der „Doppel-Wumms“ von Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigt.

Ende Oktober hat die Gaskommission ihre Vorschläge zur Entlastung der Verbraucher unterbreitet.

Die Eckpunkte zur Energiepreisbremse und zur Einmalzahlung für Gas- und Fernwärmekunden wurden nunmehr von der Bundesregierung beschlossen.

Es ist gut, dass endlich Klarheit darüber besteht, wie und wann die Preisbremse bei Strom und Gas voraussichtlich kommt und wie die dringend benötigte Entlastung für die Verbraucher wie die Wirtschaft aussieht.

Ohne Zweifel – die Richtung stimmt. Es gibt indes noch viele offene Fragen zu klären.

Diese betreffen die konkrete Abwicklung beziehungsweise die Umsetzung der Energiepreisbremse als auch wichtige beihilferechtliche Fragen.

Fragen, die insbesondere große Unternehmen haben mit mehreren Betriebsstätten und Tochtergesellschaften.

Meine Damen und Herren,

ich darf Ihnen versichern, dass wir seit Monaten in ganz intensivem Austausch mit dem Bundeswirtschaftsministerium stehen.

Wir haben bereits unsere gezielten Fragen und Hinweise an das Ministerium gerichtet.

So erwarten wir, dass uns mit Blick auf den Referenzzeitraum kein Nachteil entsteht dafür, dass wir in 2021 fünf Monate im Lockdown waren und deshalb natürlich deutlich weniger Energie verbraucht haben!

Bei nicht wenigen unserer Betriebe lag der Verbrauch 35 Prozent unter dem Vorkrisenjahr 2019.

Wir erwarten zudem, dass kein Unternehmen besser oder schlechter gestellt wird – egal ob großer RLM-Verbraucher mit mehr als 1,5 Millionen Kilowattstunden Gas beziehungsweise Fernwärme pro Jahr oder SLP-„Normal“-Verbraucher

Kurzum:

Wir erwarten, dass unsere Unternehmen unabhängig ihrer Größe und ihres Gasverbrauchs gleichbehandelt werden!

Zudem ist es Aufgabe der Politik, so schnell und so gut wie möglich, alle abwicklungstechnischen und beihilferechtlichen Fragen zu lösen!

Wir erwarten darüber hinaus Klarheit zu den angekündigten Härtefallregelungen! Die Zeit drängt.

Belastungsmoratorium/Flexibilisierung

Meine Damen und Herren,

im wirtschaftlichen Abwehrschirm vom 29. September hat Bundeskanzler Scholz auch ein Belastungsmoratorium angekündigt.

Eine Branche, die unter vielfältigen umfassenden Dokumentationspflichten und Kennzeichnungsvorschriften leidet, hätte dazu viele Ideen, meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich einige wenige, aber wichtige Maßnahmen herausgreifen, die für Entlastung und Flexibilität sorgen – und den Staat nichts kosten:

Verzicht auf Herkunftskennzeichnung von Fleisch auf den Speisekarten. Freiwillig JA. Aber keine neue gesetzliche Verpflichtung. Speisekarten müssen lesbar bleiben.

Wir brauchen auch keinen gesetzlichen Anspruch auf Home-Office. Das kann auf Unternehmensebene geregelt werden.

Ein Rechtsanspruch würde alle Branchen, in denen Dienstleistungen von Menschen für Menschen Face to Face erbracht werden, benachteiligen.

Das zementiert die Ungleichbehandlung von Büro-Jobs und solchen, in denen kein Home-Office möglich ist, und schadet unserer Branche sehr.

Eine Multikrise wie die aktuelle mit so vielen Unwägbarkeiten sollte zudem endlich zum Anlass genommen werden, die starre Tages-Höchst Arbeitszeit durch eine Wochen-Arbeitszeit zu ersetzen.

Mitarbeitermangel, krankheitsbedingte Fehlzeiten, kurzfristige Buchungen durch die Gäste stellen uns gerade vor riesige Herausforderungen.

Öffnungszeiten wurden auch aus Gründen der Energieeinsparung reduziert. Mancher Betrieb hat nur vier Tage geöffnet.

Weshalb ist es verboten, sich mit den Mitarbeitern auf zwei Mal zwölf Stunden und zwei Mal sieben Stunden zu verständigen? Alles vertraglich fixiert und exakt dokumentiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Politiker,

geben Sie unseren Betrieben und Beschäftigten diese Zeit-Souveränität!

Meine Damen und Herren,

seit Jahren wird versprochen, Bürger wie Unternehmen von zu viel Bürokratie zu entlasten. Stattdessen kommen immer neue Vorschriften und Reglementierungen.

Mit dem lähmenden Bürokratiewahnsinn muss jetzt Schluss sein!

Weniger Bürokratie, mehr Flexibilität und echte Entlastung sind das Gebot der Stunde!

Ausbildung und Beschäftigung

Meine Damen und Herren,

gerne versichere ich Ihnen, wie dankbar wir sind, dass wir ohne Corona-Maßnahmen wieder arbeiten können.

Wir wollen und können wieder Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen!

Die Zahlen belegen es:

Seit Ende der Corona-Einschränkungen sind viele während der Krise abgewanderte Beschäftigte zurückgekehrt.

Seit März 2022 liegen wir wieder stabil bei über einer Million sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Im August meldete die Bundesagentur für Arbeit 1.076.400 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Im Vergleich zum August 2019 entspricht das einem Minus von 3,7 Prozent, auf dem Höhepunkt der Corona-Krise im Mai 2021 betrug der Rückgang 14,5 Prozent.

Auch die Kurzarbeit erreichte während der Corona-Zeit in unserer Branche Rekordwerte.

Der höchste Stand wurde im April 2020 gemeldet mit fast 666.000 Kurzarbeitern in 106.000 Betrieben. Im Juli 2022 wurden dagegen nur noch 651 Kurzarbeiter gezählt.

Meine Damen und Herren,

positiv stimmt uns zudem, dass wieder vermehrt junge Menschen in unserer Branche ihre Zukunft sehen.

Entgegen dem Negativtrend in der Gesamtwirtschaft stand 2021 bei den neuen Ausbildungsverträgen mit 1,7 Prozent ein kleines Plus. Auch 2022 sind die Bewerberzahlen in unserer Branche stabil.

Die Zahlen geben Hoffnung.

Meine Damen und Herren,

mit 41.500 Ausbildungsverträgen gehört das Gastgewerbe damit weiterhin zu den großen Ausbildungsbranchen.

Zugleich zählt die Nachwuchs- und Mitarbeitergewinnung, wie jeder von uns weiß, zu den drängendsten Herausforderungen.

Gastgewerbe geht nur mit Menschen.

Wir wissen, dass Ausbildung der wichtigste Schlüssel zur Fachkräftesicherung ist.

Und wir tun sehr viel dafür, die Ausbildung im Gastgewerbe zu stärken und jungen Menschen das notwendige Rüstzeug geben.

Der wohl wichtigste Schritt aktuell:

Unsere inhaltlich und strukturell komplett überarbeiteten jetzt sieben neuen Ausbildungsberufe, die seit dem 1. August 2022 gelten.

Die Ausbildung in Hotellerie und Gastronomie ist seitdem noch vielfältiger und wertvoller. Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Teamwork und Ernährungstrends nehmen einen noch breiteren Raum ein.

Eine weitere Maßnahme ist unsere Zertifizierung TOP-Ausbildungsbetrieb.

Darüber hinaus begleiten wir zahlreiche Ausbildungsprojekte und Kampagnen in Bund und Ländern – wie ganz aktuell das bereits erwähnte Azubiförderprogramm „Ausbildung macht VIELfalt“, präsentiert von der Deutschlandstiftung Integration und unterstützt von Coca-Cola Europacific Partners.

Auch die aktuellen Tariferhöhungen im zweistelligen Prozentbereich sind ein Baustein, um Jobs und Ausbildungen in der Branche attraktiver zu machen.

Zugleich ist auch klar:

Geld ist nicht alles. Faktoren wie ein vertrauensvolles Betriebsklima, Wertschätzung und gute Entwicklungsmöglichkeiten spielen mindestens eine ebenso wichtige Rolle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir alle wissen um den Wert unserer Mitarbeiter.

Unsere Mitarbeiter sind unser Fundament, unser wichtigstes Kapital, die beste Investition, Dreh- und Angelpunkt unserer Leistungsfähigkeit!

Lassen Sie uns alle weiter mit ganzer Kraft in die Mitarbeitergewinnung und -bindung investieren!

Politische Maßnahmen

Wie kann uns dabei die Politik unterstützen? Was kann, was muss getan werden?

Meine Damen und Herren,

wir sind uns sicherlich einig, wenn ich sage:

Wir benötigen eine echte und überzeugende Offensive für die duale Ausbildung.

Wir brauchen in der Gesellschaft insgesamt wieder mehr Wertschätzung für die berufliche Bildung, handfeste Unterstützung für die Ausbildungsbetriebe sowie eine bessere Ausstattung der Berufsschulen.

Seit Jahren fordern wir darüber hinaus mehr und erleichterte Zuwanderung.

Nach offiziellen Angaben zählt unserer Branche rund 40.000 offene Stellen, tatsächlich unbesetzt sind vermutlich bis zu 100.000 Stellen.

Diese Lücke können wir mit Arbeitskräften aus dem Inland nicht mehr schließen.

Und so ist es gut und richtig, die Anwerbung von Fach- und Arbeitskräften sowie die Anerkennung von Abschlüssen zu erleichtern.

Die von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil vorgelegten Eckpunkte für eine Einwanderungsreform begrüßen wir deshalb sehr.

Wir brauchen neue rechtliche Möglichkeiten für eine gezielte Erwerbsmigration aus Drittstaaten.

Unverzichtbar ist es dabei, Prozesse effizienter zu gestalten, Visaverfahren zu beschleunigen und erweiterte Einwanderungstatbestände zu schaffen.

Bei der Integration von Geflüchteten aus der Ukraine in den Arbeitsmarkt können wir sicher auch noch schneller und besser werden.

Steuern und Abgaben

Meine Damen und Herren,

Handlungsbedarf gibt es auch in der Steuer- und Abgabepolitik.

Ein modernes Steuersystem benötigt dauerhaft stabile Sozialversicherungsbeiträge unter 40 Prozent sowie wettbewerbsfähige Steuersätze.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Ankündigung von Bundesfinanzminister Christian Lindner, die kalte Progression vollständig auszugleichen.

Das ist wichtig für Bürger wie Unternehmen angesichts steigender Inflation und explodierender Kosten!

Wir setzen darauf, dass Bundesminister Lindner und die Bundesregierung dafür jetzt rasch die nötigen gesetzlichen Grundlagen schaffen.

**Was wir definitiv nicht brauchen, sind kommunale Bet-
tensteuern.**

Bettensteuern bedeuten zusätzliche Belastungen für Hoteliers und Gäste und sind absolut kontraproduktiv.

Jede Kommune muss ein vitales Interesse daran haben, ihre Betriebe in diesen Krisenzeiten zu stärken.

Und auch aus ordnungspolitischen, steuersystematischen und rechtlichen Gründen sind Bettensteuern, Kultur- und Tourismusförderabgaben fehl am Platz.

Wir appellieren eindringlich an die Städte und Kommunen, Bettensteuern nicht einzuführen!

Was wichtig ist und richtig bleibt: Die Verlängerung der 7%-Mehrwertsteuer auf Speisen bis zum 31. Dezember 2023.

Erneut haben wir uns dafür seit Jahresbeginn stark gemacht.

Die Verlängerung um ein weiteres Jahr haben wir erreicht. Die dauerhafte Geltung der 7% ist und bleibt das Ziel.

Bundesfinanzminister Christian Lindner und Bundeskanzler Olaf Scholz haben es befürwortet, die Fristsetzung war ganz offensichtlich der Kompromiss mit den Grünen.

Auch die CDU-Bundestagsfraktion mit Friedrich Merz an der Spitze hat die dauerhafte Geltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie gefordert (Antrag vom 10. Mai 2022).

Meine Damen und Herren,

Essen, egal wo und wie zubereitet und verzehrt, muss dauerhaft 7% haben!

Lassen Sie uns gemeinsam dafür weiterkämpfen – mit ganzer Kraft und überzeugenden Argumenten!

Dank an Politik und Abschluss

Meine sehr verehrten Damen und Herren aus der Politik, wir wissen um die große Verantwortung, die Sie aktuell tragen.

Wir versprechen Ihnen:

Der DEHOGA wird sich weiter konstruktiv einbringen. Dazu gehört es natürlich auch, die Erwartungen der Branche klar und deutlich zu benennen.

Für den Wirtschaftsstandort Deutschland!

Für eine erfolgreiche Zukunft der Gastgeber in diesem Land!

Mit 200.000 Unternehmen tragen Hotellerie und Gastronomie maßgeblich zur Standortattraktivität in Deutschland bei.

Dabei ist eines klar: Der DEHOGA – „Wer sonst?“ – vertritt die Interessen unserer großartigen Branche – lokal, regional, landes- und bundesweit. Mit mehr als 60.000 Mitgliedern gehört der DEHOGA zu den Spitzenverbänden der Wirtschaft in Deutschland und repräsentiert die Betriebe der Branche in ihrer ganzen Vielfalt.

Und nur starke, wettbewerbsfähige und gesunde Betriebe garantieren soziale Sicherheit, Nachhaltigkeit und Wohlstand!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie uns deshalb gemeinsam alles dafür tun, um die Lust auf Unternehmertum zu fördern und die Attraktivität unserer Branche zu steigern!

Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass unsere Unternehmer und Mitarbeiter die Anerkennung und Wertschätzung bekommen, die sie verdienen!

Für eine erfolgreiche Zukunft der Gastgeber Deutschlands!

Meine Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen von Herzen alles Gute, viel Zuversicht und Tatkraft und jetzt viel Inspiration, gute Unterhaltung und vortreffliches Netzwerken!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.